



DIE FLUCHT IN EINE VERMEINTLICH HEILE WELT ALS LÖSUNG ALLER PROBLEME

Der moderne Eskapismus unserer „Grünbewegten“

Von CANTALOOOP | Bekanntermaßen wiederholt sich die (Menschheits)-Geschichte beständig. *History repeats itself*. Alles war schon einmal in irgendeiner Form da, manchmal muss man nur etwas danach suchen. Grundsätzliche Verhaltensmuster sind eben vielfach anthropologisch bedingt. Auch zahlreiche gesellschaftliche Entwicklungen sind demzufolge längst menschlich-immanent und keineswegs immer neu.

QED: Schon einmal, genau genommen zum Ausklang des 18. Jahrhunderts, versuchten diejenigen Zeitgenossen, die von Wissenschaft, Forschung und neuen Erkenntnissen schlichtweg überfordert waren, die Flucht in ihre eigene, bessere und emotional sehr aufgeladene Welt anzutreten.

Viele namhafte Künstler, Philosophen und Regenten begaben sich fortan auf abstrakte, sinnliche und auch metaphysische Ebenen. Die sogenannte Romantik war geboren. Selbstredend kann man diese Romantik in ihrer gesamten Komplexität und Differenziertheit nicht mit den aktuellen Geschehnissen gleichsetzen. Es geht vielmehr darum, einzelne Parallelen zu

unseren modernen Staatsgeflechten aufzuzeigen. Und zu denjenigen „Weltflüchtern“, die man auch hierzulande wieder in großer Zahl antreffen kann.

Liebenswerte Narren – oder gefährliche Umstürzler?

Natürlich haben gefühlsduselige Naturen, weltfremde Traumtänzer und selbst romantische Waldliebhaber durchaus ihre Daseinsberechtigung. In der Kunst, Architektur, Musik und Literatur und in vielerlei mehr Bastionen sind sie gerne gesehen – und gut aufgehoben.

Sollten aber staatstragende Interessen im Vordergrund stehen und solide Politik gefordert sein, so ist man als Bürger deutlich besser mit kühl agierenden Personen bedient, die auf Ratio – die Vernunft – bauen und Entscheidungen als Konsequenz aus dialektischer Abwägung, objektiven Kriterien und in Abstimmung mit der Staatsräson treffen. Anstelle von [larmoyanten Melancholikern](#), die ihre Urteile auf einer Grundlage von Sentimentalität, Esoterik und einem gerüttelt Maß an linker Ideologie zusammenzimmern.

Weltfremd bedeutet; Politik ohne jedes Augenmaß

Nicht mehr die Empirie, Tradition und Erfahrungswerte werden bemüht, sondern situativ abhängige Blitzentscheidungen gefällt, zumeist einhergehend mit einer gehörigen Portion Fanatismus. Was an Vernunft fehlt, wird oft durch Heftigkeit ersetzt. Behutsamkeit, Kompetenz und Sorgfalt zählen mittlerweile ohnehin eher zu den Sekundärtugenden.

Speziell innerhalb grüngefärbter „Eliten“ gibt es so manch einen selbsternannten „Schöngeist“. Auch den medial gehypten Moral-Philosophen Robert Habeck darf man guten Gewissens in solch eine Kategorie einordnen. Darüber hinaus könnte man diese aktuellen Propheten sogar als eine neue Art von Anti-Aufklärern bezeichnen, da sie sich derselben Wirkmechanismen bedienen – und dementsprechend Hoffnung und Euphorie in den Menschen erwecken, wo doch eigentlich eher Skepsis und

Zurückhaltung angeraten wäre.

Durch ethisch begründete Hybris und gefühlte Vollkommenheit sucht man sich in diesen Kreisen deutlich von denjenigen Mitbürgern abzugrenzen, die noch solide geerdet sind. Der Vorteil; diese synthetisch erzeugte Hochwertigkeit gibt selbst noch vielen Studienabbrechern, Staatsversorgten und sonstigen Zivilversagern das gute Gefühl, trotz der eigenen Nutzlosigkeit dennoch allen anderen überlegen zu sein. Bekannte Verhaltensmuster in unserer wohlstandsübersättigten Gesellschaft, die auch journalistisch bereits hinreichend dokumentiert sind.

Hüpfen fürs Klima

Nun ist es eine Sache, seine eigenen persönlich motivierten Fluchtversuche in eine vermeintlich bessere Welt zu unternehmen. Gefährlich wird es aber spätestens dann, wenn sogar auf Staatsebene versucht wird, diese Naivität auf Schutzbefohlene, Kinder, Jugendliche und andere labile Persönlichkeiten zu projizieren.

Ganz so, wie es im Moment auch mit Klimahype, Energiewenden-Chaos und Flüchtlings-Kultur geschieht. Echte Gefahren hingegen werden größtenteils verklärt und beschwichtigt. Dieses schamlose Ausnutzen juveniler Unbedarftheit geht eindeutig zu weit – und bedarf einer deutlichen Korrektur seitens der noch vernunftgetragenen Bevölkerungsmehrheiten.

Die „guten Deutschen“ festigen ihrem 1. Platz im Moralwettbewerb

Um einmal mehr zu verdeutlichen, wie unanständig dieses insbesondere von öko-marxistisch gesinnten Politiker praktizierte Gebaren im Grunde ist, bedarf es nur der Lektüre über eine aktuelle Diskussion, den sog. [„ökologischen Fußabdruck“](#) unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen betreffend.

Dort wo Umwelthysterie, Rassismuskorrekturen und weiteres

Empörungsgehebe den politischen Spielraum reduzieren, kann man geflissentlich davon ausgehen, das dies einige der bekannten Strategieschwerpunkte unserer „Salonbolschewiken“ darstellt. Eigens einstudierte Rituale gewissermaßen, die jedes Mal zuverlässig anspringen, wenn Interessen von Indigen-Deutschen, der Wirtschaft und Industrie oder auch die des politischen Gegners ins Feld geführt werden.

Darüber auch nur zu reden, sei nicht gerecht – und grenze andere aus, schallt es dann ebenso falsch wie weltfremd aus linksdrehenden Parteizentralen und Redaktionsstuben.

Unfehlbar und der realen Welt entrückt

Es wäre schon viel gewonnen, wenn diejenigen, die ökologisch denken, auch konsequent ökologisch handeln würden, vor allem auch mit Blick auf die Wählerklientel der Grünen. In diesem Widerspruch zwischen „Bewusstsein und Sein“ sieht man eine große Herausforderung für die Öko-Partei. Umweltengagierte Grüne verfügten oft über hohe Einkommen, um entsprechend viel zu konsumieren und zum Beispiel klimaschädlich Fernreisen mit dem Flugzeug zu unternehmen.

Was jedoch die eigenen Verfehlungen betrifft, da hüllt man sich innerhalb dieser Zirkel in beredtes Schweigen. Unsere „Gutmeinenden“ machen schließlich keine Fehler. Sondern nur die anderen. Eklatantes Versagen, epische Fehleinschätzungen und himmelschreiende Inkompetenzen, die bei jedem konservativ-liberalen Politiker zu sofortigen Rücktrittsforderungen führen würden, perlen an unseren Grünlingen ab, als wären diese nanobeschichtet. Alldieweil; eine schöne Analogie zu Kanzlerin. Gilt diese doch als ebenso sakrosankt.

Somit gilt es festzuhalten; die Welt wäre sicherlich ärmer, ohne all die Träumer, Freaks [Eskapisten](#), Weltverbesserer und Individualisten. Nur eben in der knallharten Tagespolitik sollte man sie nur sehr eingeschränkt mit großer Verantwortung auszeichnen.



Sarrazin kommt – die Zeitungsleser dürfen es nicht erfahren

Von EUGEN PRINZ | Als der Autor am 1. April per WhatsApp darüber informiert wurde, dass Thilo Sarrazin am nächsten Tag in den Stadtsälen Bernlochner in Landshut seinen Bestseller [„Feindliche Übernahme“](#) vorstellen würde, hielt er das für einen schlechten Aprilscherz. DER Thilo Sarrazin kommt in die kleine Bezirkshauptstadt Landshut, ohne dass davon etwas in der *Landshuter Zeitung* (LZ) steht? Unmöglich!

Die Lösung des Rätsels: Das Lokalblatt hatte sich entschieden, ihre Leser „extrem zeitnah“ zu informieren und den Hinweis auf die Buchvorstellung durch den Bestsellerautor erst am Veranstaltungstag zu veröffentlichen. Wer erst am Abend die Zeit fand, das Blatt zu lesen oder schon anderweitig verplant war: Pech gehabt...

Ankündigung – Nein, Verriß – Ja

Damit war aber die Landshuter Zeitung aber immer noch berichtsfreudiger als der *Donaukurier* in Ingolstadt, sowie der *Münchner Merkur*, die *TZ* und die *Münchner Abendzeitung*, da diese Blätter die Pressemitteilung (PM) des Verlags mit dem Hinweis auf die Lesungen Sarrazins am 1.4. in Ingolstadt und

am 3.4. in München schlichtweg ignorierten. Doch halt, das stimmt jetzt auch nicht ganz: Der *Donaukurier* veröffentlichte die PM zwar nicht, wollte jedoch beim Verlag einen Journalisten für die Veranstaltung akkreditieren lassen, nach dem Motto: Ankündigung – Nein, anschließender Verriß – Ja.

Wie PI-NEWS im Gespräch mit Julian Nebel, dem Pressesprecher des [FinanzBuch Verlags](#), bei dem Sarrazins Bestseller erschienen ist, in Erfahrung bringen konnte, hatte dieser bereits am 23. März eine Pressemitteilung an die vorgenannten Tageszeitungen verschickt.



Die LZ kündigte die Lesung Sarrazins erst am Tag der Veranstaltung an.

Nachdem der *Donaukurier* in Ingolstadt, wo die erste der drei in Bayern geplanten Buchvorstellungen stattfand, die PM ignoriert hatte, wollte Nebel sichergehen, dass in Landshut nicht das selbe passieren würde. Deshalb rief er bei der Redaktion der *Landshuter Zeitung* an, als diese einen Tag vor der geplanten Lesung immer noch keinen Veranstaltungshinweis

veröffentlicht hatte. „Das ist uns leider durchgerutscht“, war die lapidare Auskunft. Wenigstens war man bereit, den Hinweis auf die Autorenlesung mit Sarrazin kurzfristig noch am Morgen des Veranstaltungstags zu bringen.

Wie nicht anders zu erwarten war, blieben die Zuhörer aus, da kaum jemand in Landshut davon erfahren hatte, dass Sarrazin kommt. Nur gute 40 Interessenten fanden sich in dem etwa 200 Personen fassenden Bernlochener Saal ein.

Gegendemonstranten und das Geschehen im Saal

Besser informiert als die Bürger waren natürlich linke Kreise in Landshut. Sie wussten, dass der Bestsellerautor kommt und protestierten vor dem Gebäude gegen die ungeliebte Wahrheit, die Sarrazin in seinen Büchern – statistisch und empirisch belegt – verkündet.



Ein Teil der Gegendemonstranten, aus sicherer Entfernung von einem Veranstaltungsteilnehmer fotografiert.

Sarrazin vs. Django Asül

Am selben Abend fand übrigens in Landshut im Rahmen des Starkbierfestes ein von der örtlichen CSU organisiertes

„Politiker Derblecken“ mit Django Asül, einem der in Deutschland zu Hofkomödianten degenerierten Zunft der Kabarettisten statt. Man muss ihm jedoch zugute halten, dass er bislang eher nicht durch „AfD-Bashing“ oder dergleichen aufgefallen ist. Sage und schreibe 2000 (!) Besucher kamen zu dieser Veranstaltung, nicht zuletzt weil die Landshuter Zeitung dazu rauf und runter berichtet und kräftig die Werbetrommel gerührt hatte. Bezeichnend ist auch die ohne Scham vorgetragene Aussage des Lokalredakteurs der LZ gegenüber dem Autor, als dieser mit ihm ein Gespräch über die „durchgerutschte Pressemitteilung“ des [FinanzBuch Verlages](#) führte: „Beim Starkbierfest waren wir in Mannschaftsstärke vertreten“.

[Prof. Dr. Martin Balle](#), der Verleger der *Landshuter Zeitung*, dem seit 2014 auch die *Münchener Abendzeitung* gehört, war beim Starkbierfest ebenfalls anwesend und sonnte sich im Glanz der lokalen Politprominenz. Dementsprechend und entsprechend der „Mannschaftsstärke“ fiel auch die Berichterstattung darüber in der *Landshuter Zeitung* vom 3. April aus: Fast zwei Seiten! Bericht über Sarrazin: Null.

Mit einer solchen Presse brauchen wir uns nicht zu wundern, dass es in unserem Land soweit gekommen ist...

Nachtrag des Autors: Auf diesen hochinteressanten Kommentar eines Lesers sei verwiesen!

Hotjefiddel 4. April 2019 at 21:42

Prof. Dr. Martin Balle gehört das Blatt.
<https://www.martin-balle.de/>

Er sitzt auch in der Eugen-Biser-Stiftung, die bestens bekannt ist für ihre Bewunderung des Islams. Einfach mal googlen!



Totalitäre „Demokraten“ und ein böser Verdacht

Von ROBERT ANDERS | Die dritte und endgültige Abweisung der Mehrheit im Deutschen Bundestag der AfD-Kandidatin Mariana Harder-Kühnel für das Präsidium des Parlaments ([PI-NEWS berichtete](#)) ist nichts weniger als die bewusste Missachtung, ja Verachtung der elementarsten demokratischen Spielregeln. Die 423 Abgeordneten, die gegen die hessische Politikerin stimmten, haben sich bewusst oder faktisch als extremistische „Antifa“ verhalten, um einer hochqualifizierten Volljuristin, Mutter von drei Kindern und in ihrem Heimatort Gelnhausen geachteten Bürgerin ein Amt zu verweigern, das der AfD ebenso zusteht wie allen anderen im Bundestag vertretenen Fraktionen.

Die AfD-Fraktion hat schon vor dieser Entscheidung für diesen Fall einschneidende Maßnahmen in ihrem parlamentarischen Verhalten angekündigt. Ob das klug war, bleibt dahingestellt. Aber nun müssen auch alle angekündigten Register gezogen werden, um Woche für Woche deutlich zu machen, dass sich die drittstärkste Fraktion nicht ungestraft diskriminieren und ausgrenzen lässt. Das ist für alle Seiten eine unbequeme, sehr konflikträchtige Perspektive, auch und gerade für die Mitglieder der AfD-Fraktion. Aber diese dürfen nun nicht den leisesten Zweifel zulassen, die angekündigten Maßnahmen auch zu realisieren.

Das ist umso wichtiger, weil kurz vor der dritten Abstimmung das [linke Kampfmagazin „Der Spiegel“](#) anonyme Stimmen aus der AfD-Fraktion zitierte, die sich gegen ihre eigene Kandidatin ausgesprochen und sie in Zusammenhang mit Björn Höcke und dem „Flügel“, also der nationalen Strömung in der Partei gebracht haben sollen. Spätestens seit dem Relotius-Skandal ist „Der Spiegel“ weiß Gott keine seriöse Quelle mehr. Es kann also sein, dass in übelster Weise von dieser Seite die Abstimmung beeinflusst wurde.

Leider spricht jedoch einiges dafür, einer oder sogar mehrere Mitglieder der AfD-Fraktion könnten für einen solchen Parteienverrat tatsächlich verantwortlich sein. Wer die jüngsten Ereignisse in der bayerischen AfD-Fraktion verfolgt hat, wird das nicht ausschließen können. Und dass Harder-Kühnel ausgesprochene Feinde im hessischen Landesverband hat, ist auch bekannt. Deshalb muss die Fraktionsführung in Berlin unbedingt klären, wer der eigenen Kandidatin das Messer in den Rücken gestoßen haben könnte. Und wenn sich das klären lässt, müssen diese Person bzw. Personen aus der Fraktion ausgeschlossen werden.

Wer sich einer solchen Front totalitärer „Demokraten“ gegenüber sieht wie die AfD, darf harte Konsequenzen nicht scheuen. Es geht jetzt um nichts weniger als um die Glaubwürdigkeit nicht nur der Fraktion im Bundestag, sondern um die Glaubwürdigkeit einer Partei, der fast sechs Millionen Deutsche bei der Wahl im Herbst 2017 ihre Stimmen gegeben haben.



Baufirma hält sich nicht an Planerfüllung der Hamburger SPD

In Hamburg wurden Anfang der 60er-Jahre auf einem im Krieg zerstörten Areal auf St. Pauli die sogenannten Esso-Häuser gebaut, ein Mietkomplex aus Plattenbauten, daneben etliche Geschäfte und Spielhallen und auch eine Tankstelle.

Im Jahre 2009 verkauften die Besitzer die marode gewordenen Häuser an die Bayerische Hausbau, die die baufälligen Häuser 2013 abreißen lassen wollte.

Hamburgs roter Mob [demonstrierte](#) daraufhin gegen Einsturzgefahr, Naturgesetze und Evakuierung der Bewohner vor dem drohenden Zusammenbruch:

Am 21. Dezember 2013 gab es während der Demonstrationen in Hamburg am 21. Dezember 2013 auch Kundgebungen für den Erhalt der Esso-Häuser. 7300 Menschen demonstrierten, nach Polizeiangaben, unter dem Motto „Die Stadt gehört allen! Refugees, Esso-Häuser und Rote Flora bleiben“. Hierbei kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Obwohl die Baufachleute Udo Lindenberg und Jan Delay noch 2013 ebenfalls für einen Erhalt plädierten und die Bezirksverwaltung ein drittes Gutachten erstellen ließ, blieb das Ergebnis immer noch gleich, die Häuser waren baufällig,

eine Renovierung wirtschaftlich nicht möglich. Als 2013 dann sogar bereits die Wände wackelten, wurden die Gebäude evakuiert und der Abriss 2014 durchgeführt.

Der politische Arm des Hamburger Straßenpöbels dachte sich daraufhin einen neuen Bebauungsplan aus, mit dem der Bauträger, die Bayerische Hausbau, eben zum Bau von billigen Sozialwohnungen für die linke Klientel gezwungen werden sollte. Doch die bauten nicht. Sie bauten 2014 nicht, 2015 nicht, 2016, 2017, 2018 nicht und heute immer noch nicht. Der Sprecher der Bayerischen Hausbau, Falko Droßmann, fasste es in einer Mail an den Fraktionschef der SPD in Mitte 2014 so zusammen:

„Bei allem Respekt vor dem demokratisch legitimierten politischen Souverän: Wir sind nicht Ihr Landsknecht, der Ihre gutsherrlichen Befehle ausführt.“

Keine Wohnung wurde gebaut, weder für „die Leute“ aus dem Kiez noch für andere, reichere, die die Leute aus dem Kiez nicht haben wollen. Im Mai 2018 gab es dann nach langen Verhandlungen eine Lösung: Die Bayerische Hausbau sollte einen Teil des Grundstücks an einen anderen Investor verkaufen, der dann die erhofften Sozialwohnungen bauen sollte.

Doch selbst nach verlängerten Ausschreibungen findet sich niemand, der das tun will. Die SPD kann es nicht verstehen: Es sollen jetzt doch günstige Wohnungen gebaut werden, das Grundstück gibt es, Förderung auch, auch einen neuen Namen, Paloma-Viertel, aber keine Genossenschaft will da ran, warum bloß nicht? Der [NDR](#) berichtet über den Stillstand:

Der Streit um die Bebauung des ehemaligen Esso-Geländes am Spielbudenplatz droht wieder aufzuflammen. Denn noch immer ist keine Genossenschaft für das Paloma-Viertel gefunden. Die Frist für die entsprechende Ausschreibung ist nun zum dritten Mal verlängert worden.

[...]

Jetzt zeigt sich aber: Zu den aktuellen Konditionen will niemand bauen. Bei den aktuellen Baupreisen und Fördermitteln sei das Grundstück einfach zu teuer, sagen Stadtteilaktivisten der PlanBude und von „St. Pauli selber machen“. Eine Baugemeinschaft müsse viel Eigenkapital mitbringen – was wiederum bedeute, dass ihre Mitglieder gut situiert sein müssten und somit wohl nicht mehr förderberechtigt wären.

„Wir wollten ja genau förderfähige Gemeinschaften haben, weil es dann um die Leute geht, die hier wirklich einen Platz brauchen“, sagt PlanBude-Vertreterin Margit Czenki. Schließlich richtet sich das Projekt „in erster Linie an die Leute von St. Pauli und nicht an die mit Geld, die hierher ziehen wollen“.

Von dem vertraglich festgelegten Preis will die Bayrischen Hausbau aber nicht abrücken. Er liege sowieso nur bei etwa 60 Prozent des Wertes, so der Investor. Die Stadt will vermeiden, dass sich die Fronten verhärten, und alle Beteiligten wieder an einen Tisch bringen.

Ja, was für ein Dilemma: Wenn jemand also aus dem Umland in die von der Hausbau geplanten teuren Wohnungen zieht, dann können da „die Leute“ ja nicht mehr rein, „die hier wirklich einen Platz brauchen“, so die Aktivistin.

Heißt erstens, die Neubürger brauchen den Platz gar nicht und zweitens, in die nun leer stehende Wohnung im Umland wollen die verwöhnten Kiez-Bewohner nicht. Und außerdem „richtet sich das Projekt nicht an die mit Geld“, mahnt die Sprecherin „der Leute“ aus St. Pauli, Margit Czenke.

Da bleibt dann wohl doch nur noch Enteignung, wie ein pfiffiger Juso-Chef landauf landab die Werbetrommel rührt. Auf diese Weise hat es schließlich schon einmal ein Wirtschaftswunder gegeben in Deutschland, in der DDR. Dort haben „die Leute“ und die Menschen sozusagen ihr blaues Wunder beim Thema Wohnen erlebt.



Neues Rammstein-Video „Deutschland“ sorgt für Aufregung

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Bereits über 24 Millionen Zuschauer bereits eine Woche nach seiner Veröffentlichung zeigen, dass das neue Rammstein-Video mit dem Titel „Deutschland“ (*oben*) auf enormes Interesse stößt. Es zeigt einen Querschnitt durch die deutsche Geschichte und beginnt mit der legendären Schlacht im Teutoburger Wald, als die Germanen den Römern deutlich zeigten, dass sie die Eroberung ihrer Heimat nicht widerstandslos zulassen wollen.

Das Werk mit hohem künstlerischen Anspruch ist eine zwiespältige Liebeserklärung an die vielhundertjährige deutsche Vergangenheit, bei der auch immer wieder an gewalttätige Phasen erinnert wird. Dabei werden sowohl das Dritte Reich als auch die DDR immer wieder visualisiert. Umstrittene und vieldiskutierte Szenen sind u.a. die Verspeisung der farbigen Germania, das Aufhängen von jüdischen KZ-Häftlingen, die von Bandmitgliedern dargestellt sind und der abgetrennte Kopf von Sänger Till Lindemann in den Händen der Germania.

Die Widersprüchlichkeit im Verhältnis zur eigenen Nation ist aus dem Text herauszulesen: „Du hast viel geweint, im Geist

getrennt, im Herz vereint“, „Deine Liebe ist Fluch und Segen, meine Liebe kann ich Dir nicht geben“, „Deutschland, mein Herz in Flammen, will Dich lieben und verdammen“, „Ich will Dich nie verlassen, man kann Dich lieben und will Dich hassen“, „Überheblich überlegen übernehmen übergeben überraschen überfallen, Deutschland Deutschland über allen“, „Übermächtig überflüssig Übermenschen überdrüssig, wer hoch steigt, der wird tief fallen, Deutschland Deutschland über allen.“

Vor allem wegen der KZ-Szene hagelt es Kritik. So beschwerte sich Charlotte Knobloch, die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, die Band habe „das Leid und die Ermordung von Millionen zu Entertainment-Zwecken frivol und abstoßend missbraucht“. Der Leiter der bayerischen Gedenkstätten, Karl Freller, habe Rammstein [laut Deutschlandfunk](#) sogar zum Besuch der KZ-Gedenkstätte in Dachau eingeladen.

Der Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, Christoph Heubner, sieht den Wert dieses Videos als künstlerische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und Deutschland als Vaterland bei [„weit unter Null“](#) und die Bandmitglieder würden „mit ihren Gewaltfantasien durch die deutsche Geschichte wie aufgeputscht toben, getrieben von der Gier nach möglichst blutrünstigen Bildern und Szenen, die auch vor den deutschen Konzentrationslagern nicht halt machen.“ Für Überlebende seien solche Videos empörend und abstoßend.

Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, sieht in der Inszenierung als todgeweihte KZ-Häftlinge [„die Überschreitung einer roten Linie“](#). Wenn dies rein verkaufsfördernd sein sollte, handle es sich um eine „geschmacklose Ausnutzung der Kunstfreiheit“. [Ganz anders sieht](#) der MDR KULTUR-Musikredakteur Hendryk Proske die dargestellte Thematik:

„So deutlich, so klar und unmissverständlich haben sich Rammstein noch nie gegen Deutschtümelei, Geschichtsverklärung

und neu aufkommende Allmachtsphantasien einiger in einem Song geäußert.“

Differenziert positiv [beurteilt auch tag24](#) das Werk, ebenso der AfD-Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff im PI-NEWS-Interview:

Am 17. Mai soll das neue Rammstein-Album mit dem Bandnamen als Titel veröffentlicht werden. Die [Deutschland-Tour](#) ab 27. Mai war schon kurz nach Freigabe der Tickets komplett ausverkauft. Auch im europäischen Ausland gibt es bis auf Moskau am 29. Juli und Riga am 6. August keine Eintrittskarten mehr. Die Band ist mit ihrer Musik, die Millionen Fans hat, ein hervorragender Botschafter Deutschlands geworden.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



JETZT LIVE: Debatte im Bundestag / Wahl zur Bundestagsvizepräsidentin

Aktualisierung 15:30 Uhr: Antrag der AfD-Fraktion auf einstündige Unterbrechung der Sitzung mehrheitlich abgelehnt – AfD-Fraktion verlässt daraufhin geschlossen den Plenarsaal.
+++ Aktualisierung 15:25 Uhr – Wahlergebnis: 199 Ja-Stimmen, 423 Nein-Stimmen bei 43 Enthaltungen. Mariana Harder-Kühnel ist damit nicht gewählt! +++ Heute wird es spannend im Bundestag: Gegen 13.35 Uhr tritt die AfD-Kandidatin Mariana Harder-Kühnel zum dritten Mal zur Wahl der Bundestagsvizepräsidentin an. Und nachdem sich immer mehr Politiker von CDU/CSU (Brinkhaus) und FDP (Lindner) aus unterschiedlichen Gründen ([PI-NEWS berichtete](#)) durchgerungen haben, die 44-jährige Juristin aus Hessen zu wählen, könnte es heute zu einem historischen Tag für die junge Partei werden. PI-NEWS überträgt bis zur Entscheidung die ganze Bundestagsdebatte LIVE. Hier die Rednerliste der AfD-Kandidaten:

09:00 – 10.05 Uhr: TOP 3 – Illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch | Stefan Keuter ([Video](#)) und Kay Gottschalk ([Video](#))

10:05 – 11:10 Uhr: TOP 4 – Bürokratieabbau bei der

Mindestlohndokumentation | Jürgen Pohl ([Video](#))

11:10 – 12:15 Uhr: TOP 5 – 70 Jahre NATO | Rüdiger Lucassen und Armin-Paulus Hampel (8 Min.)

12:15 – 13:20 Uhr: TOP 6 – Soziale Absicherung europaweit | Martin Hebner und Jörg Schneider (8 Min.)

13:20 – 13:25 Uhr: TOP 29 ZP – Überweisung im vereinfachten Verfahren

13:25 – 13:35 Uhr: TOP 30 – Abschließende Beratungen ohne Aussprache

13:35 – 14:15 Uhr: TOP 7 – 3. Wahlgang – Stellvertreterin des Präsidenten

14:15 – 15:20 Uhr: Aktuelle Stunde FDP „Steigende Strompreise stoppen – Energie bezahlbar machen“ | Dr. Bruno Hollnagel und Karsten Hilse (2×5 Min.)

15:20 – 16:05 Uhr: TOP 8 – Datenaustauschverbesserungsgesetz | Lars Herrmann (5 Min.)

16:05 – 16:50 Uhr: TOP 9 – Europäischer Entwicklungsfonds und Hilfsfonds | Siegbert Droese (5 Min.)

16:50 – 17:35 Uhr: TOP 10 – Abkommen zwischen der EU und Armenien | Dr. Anton Friesen (5 Min.)

17:35 – 18:20 Uhr: TOP 11 – Beschleunigung des Energieleitungsausbaus | Steffen Kotré (5 Min.)

18:20 – 19:05 Uhr: TOP 12 – Urheberrechtsrichtlinie | ZP Joana Cotar (5 Min.)

19:05 – 19:50 Uhr: TOP 13 – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land | Peter Felser (5 Min.)

19:50 – 20:35 Uhr: TOP 14 – Enquete-Kommission – Direkte Demokratie | Jochen Haug (5 Min.)

20.35 – 21:20 Uhr: TOP 15 – Sicherheit in der Arzneimittellversorgung | Detlev Spangenberg (5 Min.)

21:20 – 22:05 Uhr: TOP 16 – Verleihung von Einsatzmedaillen der Bundeswehr | Jan Nolte (5 Min.)

22:05 – 22:50 Uhr: TOP 17 – Betreuer- und Vormündervergütung | Jens Maier (5 Min.)

22:50 – 23:35 Uhr: TOP 18 – USA und INF-Vertrag | Armin-Paulus Hampel (5 Min.)

23:35 – 00:20 Uhr: TOP 19 – Zensusgesetz 2021 | Dr. Christian Wirth (5 Min.)

00:20 – 00:50 Uhr: TOP 20 – Nachhaltige Entwicklungsziele Argrarökologie | Dietmar Friedhoff (3 Min.)

00:50 – 01:35 Uhr: TOP 21 ZP – Anerkennung der NS-Opfergruppen | Thomas Ehrhorn (5 Min.)

Sitzungsende 01:35 Uhr

(Dieser Beitrag wird rechtzeitig zur Wahl der Bundestagsvizepräsidentin wieder hoch gestellt)



Solidarität mit Martin Sellner gegen linke Diffamierungs-Kampagne

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die mediale und politische Hetzjagd gegen Martin Sellner, dem Sprecher der Identitären Bewegung Österreichs, ist völlig ungerechtfertigt. Sie zeigt erneut, wie verzweifelt der linkstickende politische Gegner nach jedem Strohalm greift, um patriotische Demokraten attackieren zu können. Durch die vor einem Jahr erfolgte Spende eines zu dem damaligen Zeitpunkt völlig unbekanntem Australiers kann niemand ernsthaft dem Martin Sellner eine Nähe zum Terrorismus unterstellen. Dass Linke oft hinterhältig, verschlagen, falsch, irrational und faktenbefreit vorgehen, ist nichts Neues. Aber dass jetzt sogar der österreichische Kanzler Sebastian Kurz, der sich in einer Koalition mit der FPÖ befindet, allen Ernstes ein [Verbot der Identitären Bewegung prüft](#), stimmt äußerst bedenklich.

Es wäre ein wichtiges Zeichen des konservativen Kanzlers gewesen, der abartigen medialen Verleumdungskampagne in Österreich entgegenzutreten und das gelassene Abwarten des Untersuchungsergebnisses zu verkünden, anstatt der Vorverurteilung das Wort zu reden. Denn dabei wird exakt das herauskommen, was auch im vergangenen Jahr gerichtlich festgestellt wurde: Dass es bei der Identitären Bewegung keinerlei Anzeichen für eine kriminelle oder terroristische Vereinigung gibt. Ganz im Gegenteil, deren einfallsreiche und völlig gewaltfreie Aktionen setzen sich wohltuend von den oft gewalttätigen Handlungen linksextremer Organisationen ab.

Wenn einem hochaktiven Patrioten wie Martin Sellner solch massiv Unrecht zugefügt wird, dann sollte es für jeden rechtskonservativ denkenden Bürger selbstverständlich sein, sich solidarisch zu diesem vorbildlichen Aktivisten zu

bekennen, der sich für den Erhalt unserer Werte und unserer Zivilisation einsetzt. Niemand darf in dem Minenfeld der verlogenen Heuchler und Diffamierer alleine gelassen werden. Je mehr sich an die Seite von Martin Sellner stellen, desto schwerer wird es für die Hyänen-Meute in Mainstream-Medien und Altparteien, diesen charakterstarken Bürgerrechtler zu Fall zu bringen.

Durch die Gleichsetzung mit dem abartigen Massenmörder Brenton Tarrant wird Martin Sellner zudem in akute Gefahr gebracht, denn wenn sich ein fundamentaler Moslem beispielsweise das Titelbild von oe24 ansieht, könnten seine eventuell vorhandenen Rachegefühle auf einen völlig Unschuldigen gelenkt werden:



Ein Beispiel für die geradezu idiotische mediale Hetzjagd in Österreich ist der umtriebige [Medienunternehmer Wolfgang Fellner](#), der Martin Sellner in seiner TV-Sendung „Fellner live“ vorzuführen versuchte. So konfrontierte er den patriotischen Demokraten, dass ihn manche als „Nazi-Arschloch“ ansehen würden, wozu er sich selber in einer weiteren Sendung über das Thema mit einem Vertreter der Grünen und der FPÖ ganz

Patrioten solidarisch wie ein Mann und eine Frau hinter Martin Sellner gestellt, was ich auch in meinem Rundgang durch die Menge vor Beginn der Veranstaltung feststellte:

Auf der Pegida-Bühne stand zum Zeichen der Solidarität ein Bild von Martin Sellner. In meiner Rede ging ich zunächst auf Linksterror-Aktionen wie das Zerstechen der Autoreifen des Hamburger Patrioten Ralph ein, der die Merkel-muss-weg-Demo in der Hansestadt organisiert. Er hatte am vergangenen Samstag den AfD-Bundestagsabgeordneten Dr. Gottfried Curio zu einer Veranstaltung ins Lübecker Rathaus gebracht. Hinterhältige „Anti“-Faschisten beobachteten dies und zerstachen daraufhin alle vier Reifen seines Fahrzeugs, weswegen er dann auch nicht wie geplant am Montag nach Dresden fahren konnte.



In eine ähnliche Kerbe schlug der Versuch von einem halben Dutzend Linksextremisten, mich am vergangenen Montag in Rostock am Filmen einer Gegendemo zur AfD zu hindern und mich [zusammenzuschlagen](#). Dies sind die wahren Demokratiefeinde und kriminellen Gefährder, genauso wie mohammedanische Terroristen, von denen gerade auch wieder elf bei einer [umfassenden Razzia](#) hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen festgenommen wurden, wo nicht zufällig 109 Moscheen wegen Hasspredigten unter Verfassungsschutzbeobachtung stehen – aber keinesfalls die Identitäre Bewegung.

Doch nach dem ersten brutalen Terror-Anschlag eines abartigen nicht-moslemischen Massenmörders gegen eine Moschee in

Neuseeland laufen nun die mohammedanischen Funktionäre zu großer Form auf und versuchen sich mal wieder in die pauschale Opferrolle zu schieben, obwohl der Islam seit 1400 Jahren ein expansiver Eroberungstäter ist. Der Imam der betroffenen Moschee in Christchurch war vor kurzem bei einer Konferenz vom „European Muslim Forum“ in Hamburg und sonderte [eine geballte Ladung](#) an Verschleierungs- und Fälschungs-Propaganda ab. So sei der Anschlag allen Ernstes „der Beginn eines Krieges gegen die Welt des Friedens und der Liebe“ gewesen und stelle „den Wendepunkt in der Geschichte Neuseelands und der Welt, um der Rhetorik des Hasses und der Islamophobie ein Ende zu setzen“ dar. Dieser Heuchel-Imam Gamal Fouda forderte die Politiker der freien Welt auf, „Gesetze gegen Hassreden und Rassismus besonders gegen Muslime“ auf den Weg zu bringen. Zudem appellierte er an die Medien, sich gegen „Islamfeindlichkeit“ zu wenden.

Der Zweck der Übung ist klar: Die Mohammedaner versuchen Islamkritik verbieten zu lassen und somit die anti-demokratischen und anti-freiheitlichen Zustände ihrer islamischen Diktaturen unseren Ländern aufzupropfen. Gleichzeitig versuchen sie hartnäckig von ihrer Täterrolle wegzukommen, indem sie die zigfachen Terroranschläge seit 9/11 als Grund angeben, dass sich daraus eine vermeintliche „Saat für Hass und Rassismus gegen Muslime“ entwickelt hätte.

All dies thematisierte ich in meinem viertelstündigen Vortrag und appellierte an die Patrioten, angesichts dieses kollektiven Wahnsinns einem klugen Patrioten wie Martin Sellner, der die verheerenden Entwicklungen beständig scharfsinnig analysiert und in bewundernswerter Weise den überlebenswichtigen Widerstand organisiert, den Rücken zu stärken:

Auf dem [Youtube-Kanal von Saxon8027](#) sind auch die Reden [von Wolfgang Taufkirch](#) und [Siegfried Däbritz](#) vom vergangenen Montag in Dresden zu sehen. Der patriotische Widerstand wird

in diesem Jahr auch aufgrund der wichtigen Wahlen unvermittelt weitergehen.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Mit Kopftuch im Hirn: „Islamische Mode“ in Frankfurt

Von WOLFGANG HÜBNER | Frankfurt am Main ist seit 2010 nach dem Willen der politischen Mehrheit aus CDU, SPD, Grünen, FDP und Linken die Hauptstadt der „Vielfalt“. In der ersten deutschen Metropole mit einer ausländischen bzw. aus dem Ausland stammenden Bevölkerungsmehrheit ist seit 2010 das Ziel der Integration in die inzwischen ehemalige Mehrheit der „Wurzeldeutschen“ aufgegeben worden. Da der schillernde Begriff „Vielfalt“ für alles und nichts steht, jedenfalls keine Orientierung gibt und gewiss auch nicht geben soll, gibt es nur noch ein Integrationsproblem in Frankfurt: Wie treibt man Menschen dauerhaft über die Stadtgrenze, die das nicht akzeptieren wollen?

Denn es soll auch in Frankfurt noch Zeitgenossen geben, die die am 4. April eröffnete Ausstellung [„Zeitgenössische islamische Mode“ im Museum für angewandte Kunst](#) nicht nur für höchst überflüssig halten. Diese im Zweifelsfall des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit verdächtigen Zeitgenossen meinen sogar, eine solche Ausstellung in einer hochsubventionierten städtischen Einrichtung leiste einen Beitrag zur Propagierung der Attraktivität islamischer Frauendiskriminierung. Da solche Gedanken bekanntlich vor allem verbitterte alte weiße Männer umtreiben, erwarten die Besucher der Ausstellung scharfe Sicherheitskontrollen vor dem Eintritt in die Museumsräume.

Nun soll sich jeder, der sich über die „zeitgenössische islamische Mode“ ein Urteil bilden will, selbst einen Eindruck verschaffen, wie aufregend es ist, als Frau modisch an Körper und Kopf verhüllt durch die Welt zu gehen. Für Frankfurter ist die Ausstellung schon deshalb wenig interessant, weil sie tagtäglich auf den Straßen mit etlichen Varianten islamischer

Verhüllung reichlich konfrontiert sind, übrigens auch mit „modischen“. Und ob von nun an ganze Scharen von islamischen Frauen oder gar Männern dafür Eintritt bezahlen wollen, wie frau ihre Abgrenzung von der nichtislamischen Mehrheitsgesellschaft möglichst elegant dokumentiert, ist erst einmal sehr zu bezweifeln. Doch warten wir es in Ruhe ab.

Nicht abwarten müssen wir mit unserem Urteil über die Ausstellungsmacher. Denn sie machen sich ungeachtet aller anderslautender Erklärungen, um die solche Profiteure der politisch gewollten „Vielfalt“-Verwirrung nie verlegen sind, objektiv zu [Propagandisten der islamischen Frauendiskriminierung](#). Soweit diese in anderen Staaten stattfindet, mögen die modischen Variationen dieser Frauendiskriminierung ein durchaus interessantes Thema für das nicht weit entfernt liegende Museum für Weltkulturen sein.

Dort jedoch findet die Ausstellung nicht statt. Daraus ist zu schließen, dass islamische Frauenmode deshalb ein Thema für das städtische Museum für angewandte Kunst ist, weil die in allerlei Formen der Verhüllung dokumentierte Abgrenzung islamischer Frauen längst als akzeptabel und akzeptiert gilt. Demnach geht es nur noch darum, in welchen Farben und Schnitten die Verhüllung dargeboten wird. Den Ausstellungsmachern bereitet es offensichtlich kein Problem, wie sehr gerade die islamisch motivierte Frauenverhüllung zur Desintegration einer wachsenden Bevölkerungsgruppe in Frankfurt und anderswo beiträgt.

Denn nur wer bereits ein Kopftuch im Hirn hat, kann verkennen, wie sehr Kopftücher oder sogar noch weitergehende Formen der Verhüllung von Frauen und Mädchen nichtislamischen Männern und Jugendlichen signalisieren: Das sind „unsere“ Frauen und Mädchen, haltet euch gefälligst fern davon! Damit wird aber genau die wirkungsvollste Form von Integration und Assimilierung unmöglich bzw. hochgefährlich gemacht, nämlich interkulturelle Liebes- und Ehebeziehungen. Dies gilt aber selbstverständlich nicht für islamische Männer, den die tragen

bekanntlich keine „islamische Mode“ und sind an nichtislamischen Frauen und Mädchen ebenso bekanntlich recht interessiert.

Den Frankfurter Museumsmachern ist zweifellos an einer Skandalisierung der Ausstellung sehr gelegen, denn das soll Besuchermassen in das ansonsten eher stille strahlend weiße Haus am Main treiben. Doch den Gefallen sollten ihnen gerade diejenigen nicht tun, die am wenigsten mit der Propagierung islamischer Frauenverhüllung im Sinn haben. Besser ist es, diese beflissenen Ideologen der „Vielfalt“ mit Verachtung zu strafen. Denn wer so freiwillig wie ignorant ein Kopftuch im Hirn trägt, verdient nichts anderes.

Fragen sind allerdings an die feinsinnige linke Frankfurter Kulturstadträtin von der SPD zu richten, die man bislang jedenfalls weder mit altmodischer noch eleganter Verhüllung gesichtet hat. Aber das ist schon wieder ein anderes Thema....



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016

sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



Bremerhaven: Absage an SPD-Filz und CDU-Vetterwirtschaft

Sensationsurteil in der Seestadt Bremerhaven: Im offiziell mit sieben Millionen Euro Schaden für den deutschen Steuerichel bezifferten Sozialhilfebetrugsskandal von Bremerhaven hat die Stadtregierung, bestehend aus SPD und CDU, jetzt eine weitere, krachende Niederlage vor dem Bremer Verwaltungsgericht hinnehmen müssen.

Die Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) um ihren Frontmann MdBB Jan Timke hatte seinerzeit im Fall des massenhaften Sozialhilfebetrugs, bei dem die ehemaligen SPD-Politiker Selim und Patrick Öztürk den Staat um [Sozialleistungen in Millionenhöhe](#) gebracht haben sollen, Konsequenzen in Form von Disziplinarverfahren für verantwortliche SPD-Funktionäre wie dem ehemaligen Sozialdezernenten Klaus Rosche sowie die ihm untergebene Sozialamtsleiterin Astrid Henriksen (beide SPD) gefordert.

Um ihr Ziel zu erreichen, verantwortliche SPD-Politiker für den durch ihre mehr als mangelhafte Amtsführung entstandenen

Schaden für die Allgemeinheit persönlich haftbar zu machen, hatten die drei Stadtverordneten der Wählervereinigung Bürger in Wut eigens einen Antrag in das Bremerhavener Kommunalparlament, die Stadtverordnetenversammlung (StVV), eingebracht.

Doch obwohl der zuvor durchgeführte Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA), welcher nochmal mit rund einer Millionen Euro Kosten für den Steuermichel zu Buche geschlagen ist, zweifelsfrei Fehlverhalten der verantwortlichen SPD-Politiker Astrid Henriksen und Klaus Rosche festgestellt hatte – und beide auch rund 100 Mal namentlich im [Abschlussbericht des PUA](#) erwähnt wurden –, hat die StVV auf Antrag ihres SPD-dominierten Vorstandes, daraufhin mit Mehrheitsvotum von SPD und CDU entschieden, den prekären BIW-Antrag im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Offizielle Begründung: Vertrauliche Personalangelegenheiten. Das tatsächliche, perfide Ziel der Arroganz der Macht: Weitere öffentliche Diskussionen über die eigenen Verfehlungen unterbinden!

Diesem widerwärtigen Treiben hat der Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht Bremen, Dr. Carsten Bauer, der dafür mit einem fünfköpfigen Gremium eigens nach Bremerhaven gereist war, gestern in seiner Urteilsbegründung eine deutliche Absage erteilt.

BIW-Chef Jan Timke wurde auf Anfrage von PI-NEWS diesbezüglich sehr deutlich:

„Das Urteil ist eine schallende Ohrfeige für die Koalition aus SPD und CDU, die sich gegen diese öffentliche Debatte gewehrt hat, um ihre Genossen zu schützen“

Er hoffe weiter, dass „der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung nicht noch mehr Steuergeld verschwendet und in Berufung geht“. Und Timke erwarte vom Vorstand der StVV sowie den Parteivorsitzenden von SPD und CDU

eine Entschuldigung. Nicht gegenüber der Wählervereinigung BIW, sondern gegenüber der Öffentlichkeit.

Ein ungewohnt ausgewogener Beitrag des ansonsten dem extrem linken politischen Spektrum nahestehenden Bremer Regionalnachrichtensenders *buten un binnen* (Radio Bremen), dem unter dem Titel „[Aufklärung als Geheimsache: So geht es nicht!](#)“ sogar noch ein ebenso deutlicher Kommentar folgte.